



# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## Fraktion im Kreistag Bergstraße

### Arbeit und Gerechtigkeit

1. Die Zusammenarbeit mit Firmen, Arbeitsamt, Wirtschafts- und Industrieverbänden, Gewerkschaften, aber auch Betroffenenorganisationen muss deutlich intensiviert werden, um vorhandenen Arbeitsplatzpotential erschließen zu können und damit Arbeitssuchenden ein geeignetes Angebot machen zu können.
2. Neue Wege muss sich intensiver um die Betroffenen kümmern. Dies wird erreicht durch:
  - a) Fallmanagement und Sachbearbeitung werden in Zukunft getrennt. Dadurch erhält jede betroffene Person ein personenbezogenes Fallmanagement. Mit persönlichen Zielvereinbarungen wird individuell der Weg aus der Abhängigkeit entwickelt.
  - b) eine Beschwerdestelle für Betroffene wird eingerichtet
3. Die überbordende Vermittlung an Zeitarbeitsfirmen und zu inakzeptablen Löhnen wird beendet. Es werden Qualitätsstandards festgelegt, die eine weitere Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen im Einzelfall regeln.
4. Es findet keine generelle Vermittlung in Arbeitsplätze statt, die unter dem vom DGB-geforderten Mindestlohn von 8.50 Euro liegen.
5. Ziel muss es sein, dass bis 2013 nur noch 10 Prozent der vermittelten Hilfsempfänger auf aufstockende Hilfen angewiesen sind (Reduzierung also um Zweidritteln zum derzeitigen Stand).
6. Bei der Vergabe von Aufträgen an Maßnahmeträger wird in Zukunft die Einhaltung der Tariftreue verlangt und kontrolliert.
7. Die Mittel von Bund, Ländern und der Bundesagentur für Arbeit werden künftig ausgeschöpft.
8. Mit Kooperationspartner werden künftig Betroffene zielgenau weitergebildet, so dass eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt möglich wird.
9. Die Verzahnung der Wirtschaftsförderung mit der Beschäftigungsförderung wird ausgebaut.
10. Es werden Existenzgründungszentren eingerichtet, so dass Existenzgründer sofort Hilfe erhalten. Die Zusammenarbeit mit benachbarten Hochschulen wird aufgenommen.

